

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUF

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, Oktober 1930

Nummer 33

Manifest

zum Kampfe gegen die Massenarbeitslosigkeit, Massen-Elend, Faschismus, Volksbetrug und zur sozialer Befreiung der Werktätigen Oesterreichs.

Um dieselbe Zeit, als die Sozialdemokratie die höchste Zahl der Unterschriften für das Volksbegehren Sandgub, handelte Baugoin und Seipel:

Schober wurde gestürzt und das Parlament gesprengt.

Die Baugoin-Seipel-Starhemberg-Regierung konstituierte sich als Regierung gegen das Parlament und leitete damit die Ära des halbfaschistischen Regimes in Oesterreich ein.

Nicht durch den Marsch der faschistischen Banden nach Wien — a la Mussolini — vollzieht sich in Oesterreich die offene Diktatur des Kapitals, sondern auf „legalen“ Wegen, Etappe um Etappe baut die legitime Konterrevolution ihr Diktatur-Regime aus.

Und dennoch ist vom „demokratisch“ verhängten Gewaltregime bis zum

gewalttätigen Staatsstreich

nur ein Schritt. Dieser Schritt ist für die Bourgeoisie nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Keine sozialdemokratischen Sophismen werden sie am loschlagen behindern.

Noch versucht die Bourgeoisie die Vorteile des Faschismus mit der Demokratie zu verbinden, noch zwingt die Bourgeoisie mit Hilfe des Faschismus die Sozialdemokratie, mitzuarbeiten bei der Durchführung ihrer reaktionär-faschistischen

Stabilisierungspläne.

Keineswegs wird die Bourgeoisie diesen Weg, den Leo Trozki mit den Worten: „Den Faschismus dem Wesen, die Demokratie der Form nach“ charakterisiert, bis zum Ende gehen können.

Zu groß sind die sozialen Gegensätze, zu tiefmisch wird das Drängen nach sozialen Reformen des wirtschaftlich ruinierten Kleinbürgertums, zu wuchtig pocht die dauernde Arbeitslosigkeit an den Pfeilern der bestehenden Ordnung, als daß sich die Bourgeoisie auf die Dauer die Kosten sozialer Erschütterungen gesteigert bis zum offenen Bürgerkrieg ersparen könnte. Die sich bis zum Siedepunkt erhegenden, sich vorübergehend abkühlenden um wieder zum Siedepunkt ansteigenden sozialen Widersprüche hatten einer Lösung.

Entweder Faschismus oder Kommunismus.

Früher oder später wird die österreichische „Demokratie“ endgültig in die Kumpellammer der Geschichte wandern — und mit ihr die Sozialdemokratie, die sie 1918 aus ihr hervorgeholt hat.

„Der Austromarxismus tritt in eine Periode der endgültigen Abrechnung für seine historischen Verbrechen. Die sozialdemokratische Partei, die die Bourgeoisie vom

Faschismus befreit hat, hilft ihr jetzt, sich von der sozialdemokratischen Partei selbst befreien. Es wäre ganz unsinnig, die Augen davor zu verschließen, daß das es im Falle eines faschistischen Sieges nicht nur physischen Vernichtung der wenigen Kommunisten käme, sondern auch zur erbarmungslosen Zerstörung aller Organisationen und Stützpunkte der sozialdemokratischen Partei. In dieser Hinsicht, so wie in manch anderer, wiederholt die sozialdemokratische Partei die Geschichte des Liberalismus, als dessen verspätete Tochter sie erscheint. Aus der Geschichte sind mehrere Fälle bekannt, wo die Liberalen der feudalen Reaktion halfen, mit den Volksmassen fertig zu werden, wonach die Reaktion die Liberal selbst liquidierte.“ (Aus „Die Oesterreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus“ von L. Trozki.)

Wraufam und unachtsam rächt sich die sozialdemokratische Politik am Proletariat. Das Proletariat erwartete, befangen von der demokratischen Illusion, eine reale Auswirkung des Wahlsieges (1927) „seiner Partei“ in Form sozialer und wirtschaftlicher Vorteile. Und das Gegenteil hat sich als unachtsamte Wirklichkeit eingestellt. Am

15. Juli 1927

erhob sich das Wiener Proletariat zum Protest gegen das Schandurteil Schandurteil. Wehrlos, ohne revolutionäre Führung, ohne politisches Ziel irrten die Wiener Arbeiter — von den in den Dienst der Ordnungsgewalt gesellen und von den „Führern“ gegen ihre eigenen Klasseninteressen mißbrauchten Schutzbündlern lahmgelegt — durch die Straßen Wiens.

Neunzig Tote und mehr als tausend Verwundete, das war die Antwort der Bourgeoisie auf den Wahlsieg vom 24. April 1927.

Die fast zehnjährige Etappe einer relativ friedlichen, demokratischen Entwicklung war zu Ende, sie brach im Angeltregen des 15. Juli zusammen.

Wo blieb die niedrig-demokratische Entwicklung des stabilisierten Kapitalismus, die Otto Bauer nach dem 15. Juli prophezeigte?

Die Wirklichkeit hat hohnlachend alle gelehrten und berügerischen Theorien des Reformismus zerstampft; den 12. Jahrestag der Republik präsentiert der Bundesführer der Heimwehren, „Fürst“ Starhemberg. Den 15. Juli hat die faschistische Etappe der Republik eingeleitet. Wirklich nicht das jämmerliche Geschrei der Reformisten nach Demokratie, Parlamentarismus, Gerechtigkeit und innerer Abrüstung angesichts der blitzenden Bajonette der faschistischen Staatsgewalt und der Heimwehrbanden geradezu lächerlich?

Der Herd der Reaktion sitzt nicht in den Dörfern Oesterreichs, sondern in „roten“ Wien, in den Ministerien, Bank- und Industriepalästen! — Nicht die Republik wird von den faschistischen Banden bedroht, sondern die Republik bedroht das Proletariat mit dem Faschismus!

Kapitulierte die Sozialdemokratie am 15. Juli vor dem faschistischen Kurs der Bourgeoisie, so kapitulierte sie am

7. Oktober 1928

vor den faschistischen Heimwehrbanden. Ein Jahr nach dem Blutbad in den Straßen Wiens entfachten sich die Sieger und die Schergen des 15. Juli über den glühenden, leidenschaftlichen Flan der durch die Arbeiterchaft ging. Niemals wäre der Aufmarsch der faschistischen Legion im Gürtel um Wien, in Wiener-Neustadt gelungen, wäre nicht die Sozialdemokratie an Seite der damaligen Seipel-Regierung gestanden und hätte dem Kampfwillen des Proletariats die Spitze gebrochen. Statt den faschistischen Aufmarsch in seinen Ausgangspunkten im Keime zu ersticken gestaltete die Sozialdemokratie den Kampfwillen der Massen zu einer Volkschau vor den Schländen der Maschinengewehre, Karabiner und Kanonen der faschistischen Bourgeoisie.

Am 7. Oktober fiel die Entscheidung über den Mieterschutz und die Verfassung.

Dem voran und parallel ging die Kapitulation der Gewerkschaften vor dem Betriebsfaschismus. Der Süttenberger-Pakt.

leitete die Periode der Eroberung der Betriebe durch den Faschismus ein, wie der 7. Oktober die Verfassung entschied. Begehens flackerte in Graz, Andritz, Pottendorf, St. Pölten und Ebrodtau der aktive Kampf der Arbeiter gegen den Betriebsfaschismus auf: die reaktionäre Gewerkschaftsbureaukratie stand jenseits der proletarischen Front. — Seit gab die Lösung: „Wenn nur ein Heimwehrmann aus den Gemeindebetrieben entlassen wird, trete ich als Bürgermeister zurück.“

Die Verfassungskämpfe, die begleitet waren von einer skurartigen, reaktionären Massenbewegung, waren in ihrem Wesen ein

Zweikampf

zwischen der Sozialdemokratie und den Heimwehren um die Gunst der Bourgeoisie. So sehr die Sozialdemokratie mit ihrem mächtigen Organisationsapparat und der reformistisch-pazifistischen Massenbeeinflussung ihre Unentbehrlichkeit als

Staatserschaltende Partei

zu beweisen versuchte, hat der 15. Juli und die ganze Stabilisierungsperiode der Bourgeoisie nicht die notwendigen Garantien geboten, um ihre Wirtschafts- und Profitinteressen zu befriedigen. Zu groß war trotz aller

Kompromisse

der Widerstand der proletarischen Massen gegen den Rationalisierungskurs, Steuer-, Zoll- und Zenerungskurs der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie kann mit Rücksicht auf den Massendruck, dem sie ausgesetzt ist, nicht alle Bedürfnisse der Bourgeoisie erfüllen.

Daher läßt die Bourgeoisie den Faschismus auf die Sozialdemokratie los, der die Rolle des zweiten Sklavenvogt erfüllt und so mit dem ersten, der Sozialdemokratie, um das Privileg kämpft, in der Niederhaltung und Verflavung des Proletariats.

Je größer das soziale Elend, je schreier die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft, je ohnmäch-

tiger sich die Sozialdemokratie erweist, die Klaffenden Abgründe der Klassegegensätze durch „Verständigung“, „Wirtschaftsfrieden“, „Schlichtungswesen“ und innere Abrüstung zu überbrücken; desto größer wird der Gegensatz zwischen den Klasseninteressen des Proletariats und der sozialdemokratischen Politik. Der Faschismus übernimmt immer mehr und mehr die Rolle der Sozialdemokratie und schreitet über ihre Trümmer zur Macht.

Am Vorabend der Wahlen treibt die Sozialdemokratie den Massenbetrug wieder auf die Spitze. Sie läßt durch den „linken“ Friedrich Adler verkünden:

„... was auch immer die Herren (die Daugoin-Seipel-Starhemberg-Regierung, die Red.) an Dummheiten und Verbrechen in den nächsten Wochen begehen sollten, wir dürfen uns nicht provozieren lassen.“

Sie mögen alles mögliche versuchen, kleinere oder größere Verfassungsbrüche begehen: wir lassen uns nicht provozieren, die Wahlen sollen entscheiden über das, was in Oesterreich geschieht.“

Mit diesen Phrasen hat die Sozialdemokratie noch jeden Verrat am Proletariat begründet. 1929 lieferte sie freiwillig die Arsenalwaffen aus — „nur um sich nicht provozieren zu lassen“; im Dezember 1929 stimmte sie für die Diktatur-Verfassung, nur um dem Lande den Bürgerkrieg zu ersparen, die darniederliegende Wirtschaft aufzubauen, den Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeit zu geben; und 1930, angeichts des

halbfaschistischen Regimes

wagt es die Sozialdemokratie, auf die Wähler die Verantwortung abzuwälzen für die historischen Verbrechen, die sie begangen hat und noch begehen wird. In dem sie die Massen wie hypnotisch auf den Ausgang der Wahlen einstellt, wird sie nach den Wahlen für alles, was kommt, für jede feige Kapitulation vor dem Faschismus, die Wähler verantwortlich machen und auf den

schlechten Wahlausgang

alle Verantwortung abwälzen.

Und Kenner verkündigt: „Aber selbst wenn wir die Mehrheit bekämen, wollen wir, daß eine Herrschaft der Verständigung kommt“.

Verständigung mit dem halbfaschistischen Regime, Verständigung mit Schöber, Verständigung mit Daugoin, Verständigung mit Starhemberg auf wessen Kosten? Ihr Proleten seid das Schacherojekt dafür, daß die faschistische Bourgeoisie der Sozialdemokratie ein Scheindasein gewähren soll.

Kranpphast bemüht sich die Sozialdemokratie dem Proletariat einzureden, daß die Sprengung der Einheitsliste durch Seipel-Daugoin als Scheidung der faschistischen und liberalen Bourgeoisie zu wertvoll sei. Elenber Betrug.

War es nicht der Landbund der auf der Feistriger Tagung (1929) sich offen zum Heimwehrprogramm bekannte, war es nicht der Innenminister Schuny, der in Klagenfurt (1929) fast wörtlich dieselbe Drohung ausstieß, wie am 1. Oktober Starhemberg. War es nicht Schöber, der unter anderem sagte:

„Ich (Schöber) betrachte mich als Schrittmacher der Heimwehrbewegung, die im Ausland von den Marxisten verkundet wird, und es wird meine Aufgabe sein, diese Bewegung im Auslande zu akkreditieren und zu legalisieren...“

Seine Pilsudsky-Stellung zum Parlament bräute Schöber in folgenden Worten aus:

„Wenn Parlament und Regierung sich nicht einigen, so kann das nur für das Parlament, nie für die Regierung unangenehm werden.“

Der Gegensatz zwischen Schober, Landbund und den Großdeutschen einerseits, der christlichsozialen Partei andererseits liegt darin:

daß die Christlichsozialen als die Partei der Kirche und Banken, der Schwereisenindustrie, des Adels und Großgrundbesitzes die Wiederherstellung der alten Macht des Alerus und des Bank- und Industriekapitals nur in einer Donauföderation, eventuell mit einem

Sababurger

an der Spitze, zu verwirklichen vermag und im engen Bündnis mit dem faschistischen Italien in diesem Sinne eine Revision des Friedensvertrages von Saint Germain erstrebt;

während der alte Deutschnationale Schober mit dem Landbund und den Großdeutschen für den Anschluß an Deutschland und für ein

national-faschistisches Regime

im Gegensatz zum klerikal-faschistischen Regime eintritt. Aus diesen Gegensätzen erklären sich auch die fortwährenden Differenzen im Heimwehrlager.

Der Bundesbahnkonflikt war nur der äußere Anlaß, den die Christlichsozialen benötigten, um — da sie sich bereits stark genug fühlen — die Einheitsliste zu sprengen. Indem die Christlichsozialen nach der Macht bei den Bundesbahnen greifen, erschüttern sie die letzte Position des national-faschistisch eingestellten Bürgertums. Nicht an der Strafella-Moral ging die Schober-Regierung in Trümmer, sondern an der Wegkrenzung

Wie Kom — wie Hitler.

Und da die außenpolitischen Voraussetzungen dem Zeitpunkt viel günstiger sind als dem Schoberzeit, erklärt sich auch das gesteigerte Tempo, das der klerikal-faschistische Flügel in der Innenpolitik einschlägt, während der national-faschistische Flügel (Schober) zu den alten Hinterladern des Liberalismus greifen muß, um sich vor den neuen Wählermassen von den Christlichsozialen abzugrenzen. Schober und Henner werden sich in der „staatsverhaltender“ Phrasologie zu überbieten suchen; — beide werden durch die Dynamik der Entwicklung entweder von der klerikal-faschistischen Flut oder von der proletarischen Revolution hinweggeschwemmt werden.

Im Kampf gegen das Proletariat wird die klerikal-nationale Konturrevolution einzig sein. Hinter Schober steht unter anderen Unternehmer-Organisationen die Handelskammer, welche auf ihrer Tagung im Februar d. J. die völlige Abschaffung der Arbeitslosenversicherung, die allgemeine Herabsetzung der Besitzsteuern, Einschränkung aller sozialen Lasten, Abschaffung der Entgeltparagraphen und den allgemeinen Lohnabbau und das Antiterrorgesetz der Schoberregierung als Programm vorlegte.

Sind diese Forderungen, deren erreaktionärer und faschistischer Charakter klar auf der Hand liegt, nicht schon teilweise verwirklicht und andererseits schon in Angriff genommen? Im Zuge der Verwirklichung dieses Programms sollen

70.000 Arbeitslosen

die Unterstützung genommen, den übrigen das Recht auf Unterstützungsanspruch empfindlich verschlechtert werden.

Das System Daugouins beim Bundesheer und den Bundesbetrieben soll auf den Bundesbahnen Einzug halten.

Die letzten Reste des Koalitionsrechtes, das Streikrecht wird durch nackten Terror oder „Schlichtungswesen“ beseitigt.

Zu den 96 Millionen Schilling „Notopfer“ für die Landwirtschaft sind neuerliche Zollerhöhungen und Massensteuern geplant, die das werktätige Volk ausplündern.

Starbemberg verkündet allgemeine Lohnreduzierung durch Verkürzung der Arbeitszeit, um auf Kosten der Gesamtarbeiterschaft einen Teil der Arbeitslosen mit Hungerlöhnen der gesteigerten, rationalisierten Ausbeutung auszuliefern.

Im internationalen und nationalen Maßstabe vermag die herrschende Klasse mit den Mitteln der Demokratie nicht mehr zu regieren und greift zur Gewalt. Mit dem

Paragraph 14

beginnt das Diktaturregime, in die offene faschistische Diktatur, in einen neuen

imperialistischen Krieg

wird die gegenwärtige Entwicklung münden, wenn nicht das

Proletariat

sich um seine Partei, um die

Kommunistische Partei

schafft und im revolutionären Klassenkampf die Art anlegt, um den morschen, sich in seiner Niedergangsepoche befindlichen Kapitalismus zu stützen.

Schant hin nach Sowjetrußland! Während in Europa die Wirtschaft darniederliegt, Betrieb um Betrieb geschlossen wird, Millionen hungern, baut Sowjetrußland seine

sozialistische Industrie

auf. Denkt an die Worte Otto Bauers, die er 1920 am Verbandstag der Metallarbeiter sprach: „Lieber in der kapitalistischen Fabrik arbeiten, als im Straßengraben verhungern!“

Wir linken Kommunisten fordern Euch revolutionäre Arbeiter auf, am 9. November

Kommunistisch zu wählen.

Wir linken Kommunisten kämpfen seit Jahren gegen die liquidatorische Politik Stalins und seiner Bürokratie, die der kommunistischen Partei aller Länder schwere Schläge zufügt. Besonders unsere österreichische Partei hat seit dem Ausschluß der linken Opposition ihre letzten Positionen in den Gewerkschaften und Betrieben verloren. In einer Zeit, wo die objektiven Verhältnisse ständig das Proletariat nach links treiben, wo alle Voraussetzungen gegeben waren für die Verankerung der KP. in den Arbeitermassen, hat die Partei ihre letzten Betriebsräte verloren (Donawitz, Mendl, Weiger, Ternitz usw.). Die ultralinke, unleninistische und phrasenhafte Gewerkschaftspolitik verfaßt der KP. gerade dort, wo eine revolutionäre Partei verankert sein muß, den Erfolg und den Einfluß:

In den Betrieben und Gewerkschaften.

Mag eine revolutionäre Partei noch so viel Stimmen bei den Wahlen erhalten und sie ist in den Machtzentren des Proletariats, den Betrieben und Gewerkschaften nicht verankert, so wird und muß sie versagen im revolutionären Kampfe, wird sie ihre historische Aufgabe niemals erfüllen können.

Die Stalin-Bürokratie zitiert die einfachen Betriebsfunktionäre, die trotz ihrer aufreibenden Arbeit mit ihren falschen Parolen, Taktik und Politik versagen müssen, vor die „Kontrolle der Massen“, schiebt ihnen alle Schuld zu, um von sich jede Verantwortung abzuwälzen. Die Stalinbürokratie ist im m.u.n. unabsehbar vor unten, in-

laienhaft gegen oben und „wunder“ sich, wie oft es Stalin braucht.

Nicht nach den konkreten Bedingungen eines Landes, nicht nach den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes richtet die kommunistische Internationale unter Führung Stalins ihre Politik und Aktionen ein, sondern kalendarisch, mechanisch und

abenteuerlich-opportunistisch

belächelt Stalins Kominternbürokratie die 52 Sektionen der KP.

Ein Ausdruck dieses Abenteuerertums der KPDe. ist die ihr von der Kominternbürokratie aufoktroierte Auffassung, daß in Oesterreich mit der Regierung Schöber schon die vollzogene faschistische Diktatur herrscht. Wie kann die KP. die Arbeiter von der SP. loslösen, wenn ihr die Beweisführung versagt ist, daß die Politik der SP. die Entwicklung zum Faschismus treibt? Wie kann die KP. an die wirklich entscheidenden Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter herankommen, wenn die Phrase „Sozialfaschismus“ der geistige Genit in der politischen Aufklärungsarbeit der KPDe. ist?

Es gilt den Kampf aufzunehmen.

Gegen die Massenarbeitslosigkeit:

Beschlagnahme nur eines Teiles der brachliegenden Vermögen und Schätze der Kirche, der Habsburger, des Adels und Kapitalisten, könnte man alle Bahnen Oesterreichs elektrifizieren, Straßen und Wohnungen bauen.

Serunter mit den Zölle und Massensteuern; Preiskontrolle durch proletarische Organe.

Erhöhung und Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung und sofortige Intraftsetzung der Alters- und Invaliditätsversicherung auf Kosten der Kapitalisten.

Wirtschaftsbündnis mit Sowjetrußland, weitgehende staatliche Kredithilfe für Auslandgeschäfte.

Sofortige Einführung des 7 Stundentages bei gleichbleibenden Löhnen.

Herabsetzung der Gehälter der hohen Bundes-, Landes- und Gemeindebürokratie. Gehaltszulagen für die unteren Schichten der Beamtenschaft.

Kampf der sozialen Reaktion auf allen Linien.
Alle Lasten den Besigenden.

Es gibt kein zögern mehr!

Der 9. November muß eine Heerschau der revolutionären Front werden. Nicht Parlamentsmandate zählen — nur revolutionäre Kämpfer zählen in diesem

Lenin lehrt:

Das allgemeine Wahlrecht ist ein Gradmesser für die Reife des Verständnisses, das die verschiedenen Klassen ihren Aufgaben entgegenbringen. Es zeigt, wie die verschiedenen Klassen geneigt sind, ihre Aufgaben zu lösen. Die Lösung der Aufgaben selbst aber kann nicht durch Abstimmung geschehen, sondern nur durch alle Formen des Klassenkampfes bis hinauf zum Bürgerkrieg.

Wählet die Liste der kommunistischen Partei!

Bekannt Euch zu Sowjetrußland!
Bekannt Euch gegen jede bürgerliche und gegen jede Koalitionsregierung und für die Arbeiter- und Bauernregierung.
Bekannt Euch zum revolutionären Klassenkampf!
Bekannt Euch gegen die faschistische Diktatur und zur proletarischen Revolution!

Trotz alledem

ist die KP. das revolutionäre Zentrum. Wir linken Kommunisten werden dafür sorgen, daß die falsche, die KPDe. zerstörende Politik der Stalinbürokraten unter die Kontrolle der Massen gestellt wird. Zu ernst ist die Lage — es gilt keine Zeit zu verlieren. Die revolutionären Arbeiter müssen ihre Partei, die kommunistische Partei, im Geiste Lenins und Trozkis aufbauen.

Wir linken Kommunisten werden in diesem Wahlkampf mit der

Sahne Lenins,

mit einem kommunistischen Aktionsprogramm das revolutionäre Proletariat für die

Gefundung der KP.

mobilisieren. Je größer die Zahl der Stimmen sein wird, die sich auf die kommunistische Liste vereinigen, desto aussichtsreicher wird der Kampf

der linken Opposition

um die Bolschewisierung der von Stalin demoralisierten und zerstörten KPDe. sein.

Kampf dem Betriebsfaschismus.

Kampf gegen jeglichen Lohnraub, für Lohnerhöhungen.

Das ist der Kampf des Alltages. Keine Parlamentarierheit wird den

Habsburger-Kurs

zum Stillstand bringen, kein Parlament wird das faschistische Wirtschaftsprogramm der Bourgeoisie verhindern, kein Stimmzettel wird entscheiden.

Nur der revolutionäre Massenkampf

der beginnt mit dem Kampf ums tägliche Brot, führt über den Kampf

um die Mehrheit der Arbeiterklasse, die sich durch die Erfahrungen im Kampfe auf das Niveau der kommunistischen Vorhut erhebt, bis zum revolutionären Sturz des Kapitalismus.

Kampf zwischen Faschismus — und der proletarischen Revolution. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Bekannt Euch zum Bürgerkrieg, gegen den imperialistischen Krieg!

Bekannt Euch zum Räte-Oesterreich!

Bekannt Euch gegen die bürgerliche Demokratie — für die Räte Demokratie!

Bekannt Euch zum Kommunismus!

Kämpft mit uns linken Kommunisten!

Für den Leninismus — gegen den Stalinismus.
Für Sowjetrußland — gegen das entartete, liqui-
tatorische Stalinregime.

Für die permanente Revolution — gegen die utopisch-reaktionäre Theorie Stalins vom Sozialismus in einem Lande.

Für eine wirkliche, ernste, leninistische kommunistische Partei Oesterreichs — gegen das lankrotte Abenteuerium der gegenwärtigen Parteiführung.

Kämpfet und wählet kommunistisch!

Den größten Dienst, den jeder revolutionäre Arbeiter seiner Klasse erweist, besteht darin: daß er mit uns linken Kommunisten um die

K Rettung der kommunistischen Partei

kämpft. Ohne kommunistische Partei gibt es keinen siegreichen Kampf, keine Befreiung, keinen Sieg der proletarischen Revolution!

Für die rückhaltslose Einheits- front.

An das
Zentralkomitee der kommunistischen Partei Oester-
reichs.

Wien.

Geehrte Genossen!

Wir stehen auf dem grundsätzlichen Standpunkt der Unterstützung der K.P.D. in diesem Wahlkampf, der zu einer breiten Mobilisierung aller revolutionären Kräfte und zur ernstlichen Organisierung des revolutionären Widerstandes ausgenützt werden muß.

Wir haben in Oesterreich seit Jahren das erkelmal den Zustand, daß die herrschende Klasse „verzankt“ ist; die objektiven Bedingungen für einen revolutionären Durchbruch des österreicherischen Proletariats, das den drohenden Staatsstreich mit dem Aufstand beantworten müßte, sind günstig wie je zuvor.

Um so katastrophaler steht es mit den subjektiven Bedingungen. Ein revolutionärer Abwehrkampf des österreicherischen Proletariats wäre ein mächtiger Impuls für das deutsche und polnische Proletariat. Ein Sieg der faschistisch-monarchistischen Konterrevolution ein schwerer Schlag für das internationale Proletariat.

Im Interesse der restlosen Mobilisierung der revolutionären Front schlagen wir euch vor, uns, die linken Kommunisten (Mahnrufgruppe) im Grazer Wahlkreis auf Eure Kandidatenliste zu nehmen. Wie Ihr aus Erfahrung wißt, ist unser Einfluß auf die Grazer Arbeiterschaft mehr als dreimal so groß als der der Grazer Ortsgruppe der Partei. (Gemeinderatswahlen 1929. Wir 605 Stimmen, K.P.D. 184 Stimmen). Unsere Genossen besitzen durch ihre langjährige Tätigkeit in Steiermark ein großes Vertrauen bei der Arbeiterschaft. Die revolutionären Arbeiter von Graz werden unseren Parolen, für die Liste der K.P.D. zu stimmen und einzutreten, viel freudiger und konsequenter befolgen, wenn sie die Einheit der Kommunisten in Graz auch in der Kandidatenliste verkörpert sehen.

Wir hoffen von Euch, daß Ihr in dieser Frage alle fraktionellen Gesichtspunkte im Interesse der restlosen Mobilisierung der revolutionären Front zurückstellt.

Unsere Unterstützung und Solidarität mit der Partei werden wir überall wo wir Einfluß haben, insbesondere in Steiermark und Wien, auch unabhängig davon, ob Ihr unserem Vorschlag zustimmt, auf das Schärffste bekunden. Wir erwarten Eure Antwort.

Mit kommunistischem Gruß für die Leitung der
Kommunistische Opposition (linke Kommunisten).

K. Daniel.

Wien, am 8. Oktober 1930.

Wir erwarten von den Mitgliedern der Grazer Ortsgruppe der Partei, daß sie in diesem Vorschlag unseren ehrlichen Willen erkennen, daß wir ihnen besonders in Graz, der Hauptstadt des Heimwehrlandes Steiermark unsere restlose Unterstützung zukommen lassen wollen. Die revolutionären Arbeiter von Graz erwarten die Annahme unseres Vorschlages durch das Z.K. der K.P.D.

Frey will die Einheit nicht!

Unsere Leitung hat an die Frey-Gruppe folgenden Brief gerichtet:

1. September 1930.

An den

Partei Vorstand der K. P. D. (Opposition) in Wien.

Werte Genossen!

Die ersten politischen Ereignisse erfordern ein klares und entschiedenes Handeln der Links-Opposition.

Wir schlagen Euch vor (trotz der bedauerlichen Entgleisungen des Gen. Frey), eine geschlossene Front der Links-Opposition für den kommenden Wahlkampf herzustellen.

Es gilt ernstlich — und das kann nur wirksam durch ein einheitliches Vorgehen der Links-Opposition geschehen — die Linie der K. P. D. im Wahlkampf im Sinne Lenins zu beeinflussen.

Deshalb schlagen wir vor, ein Komitee zu bilden, welches die Aufgabe hat, auf der grundsätzlichen Linie der Unterstützung der K. P. D. einen Wahlauftritt herauszugeben und im Wahlkampf sowohl in die Mitgliedschaft der K. P. D. als auch in die S.P.-Arbeiterschaft die Parolen und Ideen der Links-Opposition hineinzutragen. Wir ersuchen Euch, uns bis Samstag, den 4. Oktober 1. J. Eure Entscheidung bekanntzugeben.

Für die Leitung der kommunistischen Opposition (linke Kommunisten). K. Mayer, K. Daniel.

Am 3. Oktober erhielten wir nachfolgende Antwort:

Wien, am 2. Oktober 1930.

An die

Leitung der kommunistischen Opposition (linke Kommunisten).

Werte Genossen!

Ihr schlägt uns in Eurem Brief vom 1. Oktober 1930 vor, mit Euch eine geschlossene Front für den Wahlkampf herzustellen durch Bildung eines Komitees, welches einen Wahlauftritt herausgibt und im Wahlkampf die Parolen und Ideen der Linksopposition in die Mitgliedschaft der K. P. D. und in die S.P.-Arbeiterschaft zu tragen hätte.

Ihr steht auf dem Boden der zweiten Kommunistischen Partei.

Ihr steht auf dem Boden einer Vereinigung mit der Esklamgruppe, also mit einer rechten Gruppe.

Ihr steht auf dem Boden, daß Stalins Aufbaupolitik eine sozialistische sei, das heißt, daß sie die sozialistischen Elemente, das Proletariat, stärke, die kapitalistischen Elemente, die Bourgeoisie, schwäche.

Ihr vertrittet in diesen prinzipiellen Fragen (übrigens auch in anderen sehr wichtigen Fragen) Auffassungen, die den untrigen diametral entgegengesetzt sind.

Eure Auffassungen in diesen prinzipiellen und anderen sehr wichtigen Fragen sind nicht die Auffassungen der Kommunistischen Linksoption, sind nicht unsere Auffassungen, sondern tatsächlich Auffassungen der Rechten.

Auf dem Boden diametral entgegengesetzter Auffassungen in prinzipiellen Fragen ist es unendlich, irgend-einen wie immer gearteten gemeinsamen Wahlausruf aus-zuarbeiten, herauszugeben, ist es unmöglich, gemeinsame Parolen auszuarbeiten und zu vertreten. Mit einer Gruppe, die in den prinzipiellsten Fragen rechts eingestellt ist, einen gemeinsamen Wahlausruf, gemeinsame Parolen auch nur zu finden, ist für uns als kommunistische Linksoption vorweg unendlich.

Wir lehnen daher Euren Vorschlag ab.

Die Zeitung der Kommunistischen Linksoption.

Im Auftrage: J. Frey.

Wäre die Lage nicht so ernst, müßte man mit Humor über dieses Schreiben hinweggehen. Man fragt sich über-haupt: ist es möglich, daß ein akademisch gebildeter Mensch, ein Dr. der Rechte, ein Mensch, der von sich behauptet, „der Führer“ zu sein, sich so verirren kann. Wir fragen die Mitglieder der Freygruppe: Wohin rennt Frey, der den sozialistischen Charakter der Sowjetindustrie leugnet? Im „Mahnruf“ Nr. 32 haben wir uns mit dieser Frage ausführlich beschäftigt. Im übrigen kann sich jedermann im „Mahnruf“ selbst von der politischen Wahrheitsliebe Freys überzeugen.

Die revolutionären Arbeiter werden aus diesem Schreiben erkennen, daß Frey seine fraktionellen Sophismen über die Klasseninteressen des Proletariats stellt. Wer die Auffassungen der internationalen Linksoption vertritt und wer „rechts“ eingestellt ist, darüber wird Frey anderorts Bescheid erhalten.

Noch ein Opfer.

(Genosse Boris Selitschenko in der Stalinschen Verban-nung zugrundegekehrt.)

Der Bolschewik-Denkist Genosse Selitschenko wur-de in Samarkand in Verbannung gehalten, wo er an Stek-lopftuberkulose erkrankte. Seine Gesundheit verschlechterte sich tagtäglich. Statt ihn, als sein Zustand kritisch gewor-den war, unter günstige klimatische Verhältnisse zu brin-gen, schafften ihn die Stalinsten ins wahre Verderben, in die Stadt Dsch. Dsch. liegt in der Kaspiensteppe, westlich von der Eisenbahn, ohne die geringste Möglichkeit irgendeiner klinischen Behandlung. Nach der Ankunft des Genossen Selitschenko wendeten sich die dortigen verbannten Oppo-sitionellen mit einer Reihe von Telegrammen an das Z. K., J. K. A. und die G. P. U., und verlangten die Ueber-führung des Genossen Selitschenko in andere klimatische Bedingungen und wiesen darauf hin, daß ihm in sich ein unermesslicher und schneller Untergang droht. Es kam keinerlei Antwort. So beschloßen die Dsch. Verbannten, den Genossen Selitschenko auf eigene Faust nach Taschkent zu schaffen, trotzdem die GPU sie wegen „Flucht“ zur Verantwortung ziehen konnte. Vor eine vollendete Tat-sache gestellt, war die GPU genötigt, den Genossen Selit-

chenko aus Taschkent nach der Arim zu bringen. Dort aber hub für den standhaften Bolschewiken eine Reihe neuer Verhöhnungen an: man verweigerte ihm unentgeltliche Be-handlung usw. Die Stalinsche GPU hat das Ihrige er-reicht: Genosse Selitschenko konnte nicht einmal wenige Wochen auf der Arim zubringen, er ging zugrunde.

Auf zum 23. Oktober

Gemeinsam mit der KP rufen die linken Kom-munisten die Arbeiter zur Kundgebung für Arbeit und Brot.

Unsere Stellung zur KPDe.

Aus unserer Deklaration zur Vorbereitung der internationalen Konferenz der Linksopposi-tion.

1. Wir stehen grundsätzlich auf der von Gen. Trotski formulierten These:

„Es wird niemand gelingen, uns von der Kom-intern loszureißen. Unsere Ideen werden ihre Ideen werden und sie werden in dem Programm der Komintern ihren Ausdruck finden.“

Dieser grundsätzliche Standpunkt enthebt jedoch keine Gruppe der Pflicht, ihn auf die konkreten nationalen Be-dingungen anzupassen. Nur jene Oppositionsgruppe wird ihre Aufgabe zu erfüllen vermögen, die es versteht, mit einer klaren politischen Plattform im täglichen Kampfe die Verbindung mit den Massen herzustellen.

2. Infolge verhängnisvoller Fehler, Mangel eines marxistisch geschulten revolutionären Führerkaders, hat die KPDe. in der leninischen Periode der Komintern versagt und es nicht verstanden, eine wirklich revolutionäre Ar-beiterpartei zu werden. In der nachleninischen Periode der Komintern haben die Entartungserscheinungen im in-ternationalen Maßstabe die schwache und innerlich un-gesättigte KPDe. völlig aufgerieben. Durch Jahre war die KPDe. der Schauplatz internationaler und nationaler Fraktionskämpfe, die in ihrem Wesen meist die „Macht-frage in der Partei“ zum Ziele hatten. Seit dem Aus-schluß der Opposition vom Jahre 1927 ist die KPDe. um die letzten Stützpunkte in den Betrieben und Gewerk-schaften gekommen. Aus einer Propagandagruppe des Kom-munismus wurde eine Sekte des Stalinismus, dem jeder Einfluß auf die Arbeiterschaft verjagt ist.

3. Aus dieser Lage der KPDe. ergibt sich keineswegs, daß sie als verloren betrachtet werden muß. So lange die Komintern, die sich im Verlaufe weltgeschichtlicher Ereignisse (Zusammenbruch der II. Internat. im Krieg, rus-sische Revolution, revol. Krise des Kapitalismus) bildete, besteht, und trotz der schwersten Fehler -- innerhalb der Ar-beiterbewegung das revolutionäre Zentrum darstellt --, solange wird die Sektion der 3. Internationale in Oester-reich auch eine historische Notwendigkeit und im Prinzip ein fortschrittlicher und revolutionärer Faktor der Ar-beiterbewegung Oesterreichs sein.

Die linke Opposition kämpft für die Erstarkung der KPDe. in ideologischer, politischer und organisatorischer Beziehung. Sie kämpft für dieses Ziel nicht nur innerhalb und außerhalb der Partei, sondern wendet sich auch an die fortgeschrittensten Arbeiterelemente, die heute organi-satorisch noch in der SP. stehen, um sie für die KPDe. und für die linke Opposition zu gewinnen.

Diesem Aufgabekreis entspricht auch die Haltung des „Mahnruf“, dessen Ziel die Propagierung der leninist-

ischen Ideen sowohl unter kommunistischen als auch unter revolutionären sozialdemokratischen Arbeitern in.

4. Nur im schärfsten ideologischen Kampfe sowohl gegen den Antimarkanismus als auch gegen den Stalinismus wird es der linken Opposition gelingen, wirklich revolutionäre kommunistische Kadets zu erziehen. Diese Kadets werden die Basis für die Entwicklung der KPÖ zu einer kommunistischen Massenpartei werden.

Die Schreckenstat einer Mutter in Graz.

Eine Tat des Grauens, eine furchtbare Tragödie hat sich im Grazer Amtshaus am Freitag, den 3. Oktober abgespielt. Eine Mutter stürzte sich und ihr siebenjähriges Söhnchen vom dritten Stock in den Lichthof des Amtshauses. In der Wohnung der 33jährigen Schaffernagg fand man das zehnjährige Töchterchen in einer Blutlache liegen.

Wer trieb diese Frau, die mit großer Liebe an ihren Kindern hing, die durch ihre Ordnungseliebe und Fleißigkeit bekannt war und ihre Kinder mit der größten Sorgfalt pflegte, in den Tod?

Eine Antwort liegt nahe! Warum hat sich die Frau für diese Schreckenstat das Amtshaus ausgesucht? Um mit ihrem Tod anzuklagen die bürokratische, unzulängliche und schlaueste Fürsorge der Gemeinde Graz. Im Gemeinderatswahlkampf haben wir ausführlich auf diese Zustände in der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde hingewiesen.

Die arme, geplagte Frau mußte von 60 Schilling Alimente mit zwei Kindern ein Monat lang leben. In dieser Not wandte sie sich an das Fürsorgeamt der Gemeinde. Vernehmten wir, was die Rathauskonditionen jetzt nach der Katastrophe sagt:

„Dem Antrage, ein Pflegekind aufzunehmen, hätte nur nähergetreten werden können, wenn dem Pflg. Kinde eine eigene Schlafstelle beigelegt und der Nachweis der Gesundheit der Pflegemutter und deren Kinder erbracht worden wäre. Zu letzterem Zwecke wurde Frau Schaffernagg für den 30. September in die Zentralfürsorgestelle

wegen ärztlicher Untersuchung geladen. Frau Schaffernagg hat sich bei ärztlicher Untersuchung nicht unterzogen und auf die Uebergabe eines Pflegekindes verzichtet.“

Erfens hatte die Frau nur zwei Betten, wenn sie eins bezog, hütete ihr Kind oder sie am Boden schlafen müssen. Keiner, wo hätte sie die notwendige Bettwäsche bekommen sollen? Ist es nicht ein Skandal, daß die Gemeindegewalt, die tausende Schilling für Jubiläumsfeiern, Tancos und anderen Luxus ausgibt, von den Ärmsten eine Schlafstelle fordert. Wir verstehen gerne, warum sich die Frau der ärztlichen Untersuchung nicht unterzog. Sie, die neben ihrer Not ein schweres Leiden durchs Leben schleppte, mußte, offenbar hat es schon im Voraus an diesem Winken nicht geseht, daß ihr mit Rücksicht auf ihren häßlichen Zustand das Kindchen abgeschlagen wird.

Es ist eine Schmach, von Kindern und Müttern, die hungern und darben, Gesundheit voranzuziehen! Es ist ein Schand auf die vom Elend Verfolgten. Die Kranken, die Hilfe am nötigsten brauchen, können kriechen. Mittellose, die eine Schlafstelle zu verlieren haben und „noch“ gesund sind, gibt es kaum: so erspart sich die Gemeinde die Fürsorge ausgeben.

Die zweite Ursache dieser tieferschütternden Tat ist in der bürgerlichen Ehegesetzgebung zu suchen. Der Vater der beiden Kinder, Polizeioberoffizial, ein Hüter der Ordnung läßt seine Kinder mit der Mutter mit 60 Schilling hungern und kann sich dabei auf den Richterstand berufen, der ihn zu dieser bescheidenen Alimentation verurteilt hat.

Und die dritte Ursache liegt in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die die Mutter zwingt, Kinder zur Welt zu bringen - wenn sie auch verhungern müssen. Sie schützt das Embryo und verurteilt das Kind zum Siechtum und Tod. Das ist nur ein Fall; es gibt aber täglich viele solche und ähnliche Fälle! Und die Mitschuldigen an diesen Verbrechen des Kapitalismus, die Labhändler der „Demokratie“, die Salonsozialisten heucheln: „Wir wollen nicht, daß auch nur einem Kinde der Vater getötet wird“ -- nämlich, wenn die Proleten, wenn die Kommunisten zum Kampf gegen diese mörderische Gesellschaftsordnung rufen.

Was uns Arbeiter schreiben.

Ziegelmeister von Mulinari von Kowalt.

Die Arbeiter Leuz und Hermann waren mit diesem Meister wegen eines Akkord in Meinungsverschiedenheiten geraten. Er wollte fürs Ausschreiben nur 13.50 S. zahlen, während die beiden Arbeiter 14.-- S. forderten. Ein Recht, das jeder Arbeiter hat. Da sie sich nicht einigen konnten, erklärten die beiden Arbeiter, die Arbeit im Lohn zu erkmachen. Der Meister nahm sich Bedenkzeit und schickte die beiden nachhause mit dem Auftrag, zur Nachmittags-schicht zu kommen.

Als sie nachmittags zur Arbeit kamen, empfing sie der Meister mit den Worten: „Ich brauch euch nimmer, um 2 Uhr holt euch die Abrechnung.“ Mulinari verweigerte erst den Entlassenen die Arbeitgeberbestätigung auszufüllen, dann schrieb er ihnen Arbeitsverweigerung hinein, um beide um ihre Unterstützung zu bringen. Damit will er die Arbeiter zwingen, um jeden Akkord zu arbeiten. Mulinari informiert die Z. B. K. falsch. Dann hat er auf die Beschäftigungen auf Austausch geändert und nachher wieder Arbeitsverweigerung angegeben.

Und die Z. B. K. sieht diesem Treiben ruhig zu. Wir geb. a den Rat, sich diese Firma gut zu merken und beim Gewerbegericht vorzustellen.

Ein Ziegelarbeiter.

Die Graz-Köflacher Eisenbahner gepreßt.

Im Prozeß des Zugführers Witterich gegen die Alpine beim Gewerbegericht um die Auszahlung der 50 Prozent des 13. Monatsgehaltes, der am 4. Oktober d. J. in Graz unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrat Dr. Jelsch stattfand, erklärte Dr. Knappf, der Vertreter der Alpine: Der halbe 13. Monatsgehalt, die Fahrtbegünstigungen, die Dienstkleider, Brennstoß usw. seien nicht im Kollektivvertrag als bindend vorgesehen, sondern seien lediglich Geschenk der Alpine an die Eisenbahner. Trotz des lebhaften Widerspruchs des Dr. Freundlich, des Vertreters der freien Gewerkschaft behielt die Alpine Recht, da im Vertrag bezüglich der streitigen Gehaltsbestandteile nicht steht: „automatisch mit den Bundesbahnen“. Die Alpine habe ein Defizit, deshalb müssen Stationen aufgegeben, Angestellte abgebaut und die Gehaltsbezüge vo-

buziert werden. Angestellte bis zu zehn Dienstjahren sollen zuerst freiwillig, dann wie es den Herren bei der Alpine paßt, abgebaut werden.

Statt um die erworbenen Rechte der Eisenbahner der Graz-Köflacher Bahn zu kämpfen, überläßt es die freie Gewerkschaft dem bürgerlichen Richter, über die Interessen der gesamten Eisenbahner zu entscheiden. Gegen die Macher dieses Vertrages, gegen diese elende Kapitulation vor der Alpine müssen die Eisenbahner den Kampf organisieren, sich zu einer revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammenschließen.

Mit einem Schilling pro Tag können Sie glänzend leben.

Die J. B. K. Graz leistet sich ganz besondere Methoden gegenüber halbverhungerte, verzweifelte Arbeits-Arbeitslose. Ein Fall: man ladet den Arbeitslosen P. M. Egibig, 14 zur Sitzung vor, weil er angeblich einen Nebenverdienst von einem Schilling pro Tag hat.

Der Arbeitslose macht Einwendungen dagegen, betont, daß er diesen einen Schilling nicht jeden Tag verdient. Dr. Kranitsch gab zur Antwort: „Mit 1 Schilling pro Tag können's ganz gut leben“. Herr Dr. Kranitsch und die diversen Doktoren der J. B. K. sollen einmal verzichten auf ihre hohen Gehälter und mit 1 Schilling pro Tag leben. Es kommt der Tag, wo die Arbeitslosen sich dieser Behandlung erinnern werden.

Kandidatenerzeuger „Kassar“.

In der Hofgasse in Graz treibt es ein Herr Unternehmer besonders arg. Für brave, diensteifrige Arbeiterinnen hat Herr Kassar als Lohn 18—20 Schilling und als Belohnung die Worte: „Ihr seid Viecher“, „Trottel“, „Affen“ usw. Dem feinen Herrn muß man antworten und das Handwerk legen. Dafür gibt es mannigfaltige Mittel. Eines wäre, die Gewerkschaft für diesen Fall zu interessieren.

Das läugerische Argument „Arbeitswilligkeit nicht gegeben“

Aufreizend, verhöhrend, gemein, niederträchtig ist es, wenn Arbeitslosen, die durch längere Zeit arbeitslos sind, die Unterstützung eingestellt wird, mit der Begründung, daß die lange Arbeitslosigkeit ein Beweis der Arbeitsunwilligkeit ist. Jedermann weiß es, tausende können überhaupt niemals eine Arbeit bekommen. Die JBR. soll nicht den Dreh heraussteden: „Arbeitswilligkeit nicht gegeben“. Im Falle unseres Genossen Koch ist der Dreh, der mit diesem Argument herausgesteckt wird, bewiesen. Genosse Koch forderte immer und immer wieder, endlich vermittelt zu werden. Im Vorgarten sagte ihm einmal der Beamte Wachtl: „Bei Fingz wäre eine Arbeit, Sie werden aber nicht aufgenommen.“ Im April d. J. äußerte sich der Beamte Schaffahl zu Genossen Koch: „Den Dienstzettel für Ihre Spezialvermittlung habe ich erhalten, aber Arbeit ist für Sie keine.“ Und Dr. Kranitsch erklärte Genossen Koch im April: „Herr Koch, sprechen wir offen, Sie dürfen niemals rechnen, daß Sie in einen Betrieb hineinkommen, vom Standpunkt der Unternehmer müssen Sie das verstehen; man fürchtet Sie.“ Dem Genossen Koch trotzdem zu schreiben, daß ihm die Unterstüzung wegen „Arbeitsunwilligkeit“ eingestellt wird, das zeigt den Schwindel der mit diesem läugerischen Argument betrieben wird. Im Falle Koch wie in hundert anderen Fällen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. — Im Auftrage der kommunistischen Opposition Oesterreichs (Linke Kommunisten): Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Rossbaggasse 24. — Druck: „Adria“, Wien, 2. Bez., TabakstraÙe 22 B.

Preßfondsausweis.

In der Zeit vom 19. August bis 21. September 1930.

Finanz S. 25.40, Kristandl —.20, Pöpl —.38, Greifoner —.18, Dörflinger —.50, Greiner —.20, Ekmayer —.30, Förster —.50, R. Karl 1.—, Lenz —.30, Kristandl —.20, Hofa —.20, Neub. —.20, R. M. —.50, Greifoner —.30, Grafer —.50, Osner —.76, Boltzberg —.50, Straßentolp. —.60, Bed. —.30, Bauer —.50, Friedl —.30, Pahl 1.—, Müdler —.30, Schwab —.20, Greifoner —.30, Glaser —.30, Kollar 2.—, Dörflinger —.43, R. R. —.30, —.30, —.20, —.20, —.20, —.30, —.20, —.20, —.30, —.20, —.20, —.30, —.50, —.20, —.30, —.20, —.20, Ungenannt 1.—, R. R. —.38, —.38, Moz —.60, Lenz —.30, Kleinschuster —.20, R. R. —.20, —.20, —.30, —.20, —.20, —.38, Griesm. —.20, Stranig —.50, Ungenannt —.70, R. R. —.30, —.20, —.50, —.20, —.30, Greifoner —.30, R. R. —.20, Boltzberg —.50, Meißensbichler —.20, Hieratscha —.50, R. R. —.20, Greiner —.20, —.20, Ekmayer —.50, Lenz —.30, Krafer —.38, R. R. —.30, —.30, Krenn —.20, R. R. —.18, —.20, —.58, —.20, —.30, für Flugblatt 2.86, Schau. 5.—, R. R. —.48, —.20, Greifoner —.30, Straßentolp. —.30, Reisinger 1.—, Gröblich —.88, R. R. —.20, —.30, —.20; zusammen S. 69.45.

Druckfehlerberichtigung: Im Artikel „Wie die Bürgerlichen“ in Nr. 32 soll es richtig heißen — Gföller — und nicht Pöflf.

Spendet Wahlfond.

Genossen und Genossinnen, wir haben ausführlich die politische Notwendigkeit zur Organisierung der revolutionären Front dargelegt. Zum Kampfe brauchen wir die Mittel. Spendet für die revolutionäre Sache.

Leset die Broschüre:

„Die permanente Revolution“

von Leo Trotzki

zu beziehen durch den Verlag

„Die Aktion“

in Berlin.

Diese Nummer ist achtseitig und kostet

15 Groschen;

für Arbeitslose nur

12 Groschen.